

# Brief aus Berlin

Neues aus der Bundespolitik von Ihrer Abgeordneten Dr. Anja Weisgerber

#### Liebe Leserinnen und Leser,

während in Berlin der Bundestag zu seiner letzten Sitzungswoche des Jahres zusammenkam, tagte zeitgleich im polnischen Kattowitz die Klimakonferenz der Vereinten Nationen. Als Beauftragte für Klimaschutz der CDU/CSU-Fraktion habe ich an der Konferenz, bei der wir die Erfolgsgeschichte von Paris fortgeschrieben haben, teilgenommen. Es ist gelungen, ein Regelbuch zu verabschieden, das die Klimaschutzbeiträge vergleichbar und kontrollierbar macht. Das verkündete Konferenz-Präsident Michal Kurtyka am späten Samstagabend, nachdem keiner im Plenum mehr Einwände erhob.

Es war für mich wieder eine Ehre, dass ich bei der Konferenz dabei sein durfte. Auf den folgenden Seiten finden Sie meinen persönlichen Rückblick auf die Konferenz sowie weitere Informationen aus Berlin und dem Wahlkreis.

Herzliche Grüße,

The Anja Weisgerber

Dr. Anja Weisgerber MdB



Gute-Kita-Gesetz 5,5 Mrd. Euro für Beitragsfreiheit und mehr Qualität > 5.



Turbo-Internet
Für Schulen, Krankenhäuser
und Gewerbegebiete > S.



Zu wenig Organspender Orientierungsdebatte im Bundestag

> S. 9









#### Kattowitz hat die Erfolgsgeschichte von Paris fortgeschrieben

# Einigung über die Rettung des Klimas

In der Nacht zum Sonntag ist die 24. Weltklimakonferenz im polnischen Kattowitz mit einem guten Ergebnis zu Ende gegangen. Ziel der Konferenz war es, ein Regelbuch für das 2015 in Paris beschlossene Klimaabkommen zu verabschieden, das die Erderwärmung auf zwei Grad Celsius, wenn möglich sogar auf 1,5 Grad Celsius begrenzen soll. "Kattowitz hat die Erfolgsgeschichte von Paris fortgeschrieben. Es ist



gut, dass die Vertragsstaaten in Kattowitz ein Regelbuch zur Umsetzung der in Paris vereinbarten Klimaziele verabschiedet haben. Denn nur wenn die jeweiligen Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele vergleichbar, transparent und kontrollierbar sind, haben wir gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle. Nur dann kann gegenseitiges Vertrauen entstehen", kommentiert die Schwebheimer Bundestagsabgeordnete und Klimabeauftragte ihrer Fraktion das Verhandlungsergebnis.

"Deutschland steigt als einziges Industrieland aus der Kernenergie aus, gestaltet jetzt auch den Ausstieg aus der Kohleverstromung und hat einen Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch von 38 Prozent. Das ist für ein Industrieland sehr ambitioniert. Deutschland wird den Ausstoß seiner Treibhausgase konsequent reduzieren. Dabei gilt es, Ökologie, Ökonomie und



Soziales in Einklang zu bringen. Denn nur so schaffen wir Akzeptanz in der Bevölkerung für unsere Klimapolitik. Ein Blick nach Frankreich zeigt, was passiert, wenn diese fehlt", so Weisgerber weiter.

Die Frage, wie die ärmsten und schwächsten Länder dabei unterstützt werden können, Klimaschutz zu betreiben, ist eine der zentralen Fragen auf den Klimakonferenzen – so auch in diesem Jahr. Bundesentwicklungshilfeminister Gerd Müller hat zum Auftakt der Konferenz angekündigt,

dass Deutschland die Finanzmittel für Entwicklungs- und Schwellenländer verdoppeln wird. Bis 2020 soll die deutsche Klimafinanzierung aus Haushaltsmitteln auf vier Milliarden Euro jährlich ansteigen. "Klimaschutz ist keine nationale, sondern eine globale Aufgabe. Darum müssen wir die ärmsten und schwächsten Länder dabei unterstützen, ihre Wirtschaft von Anfang an klimafreundlich aufzubauen. Das ist gut investiertes Geld, denn es trägt dazu bei, klimabedingte Fluchtursachen zu bekämpfen", so Weisgerber.



Auch in Deutschland wird weiter an der Erreichung der Klimaziele gearbeitet. Im nächsten Jahr soll ein Klimaschutzgesetz verabschiedet werden, welches sicherstellt, dass Deutschland sein Klimaziel 2030 erreicht. Hierfür werden neben dem Energiesektor auch alle anderen Bereiche –



Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft – einen Beitrag leisten. Dieses Gesetz muss die notwendigen Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass sinnvolle Maßnahmen in allen Sektoren auf den Weg gebracht werden. Die Kommission "Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung" wird Anfang des Jahres einen Plan zur schrittweisen Reduzierung der Kohleverstromung inklusive eines Abschlussdatums vorlegen.

Auch im Verkehrsbereich wird die Kommission "Zukunft der nachhaltigen und bezahlbaren Mobilität" bis Frühjahr nächsten Jahres Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele präsentieren. Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner hat ebenfalls Maßnahmen zur Reduzierung der Treibhausgase in der Landwirtschaft erarbeitet. Und im Gebäudebereich müssen wir endlich

das realisieren, was zum Greifen nah ist und die vorhandenen Einsparpotenziale nutzen. Deshalb muss Bundesfinanzminister Olaf Scholz endlich einen Gesetzentwurf für die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung vorlegen", so Weisgerber abschließend.

Changing
Together

→ Mein persönlicher Video-Rückblick auf die Weltklimakonferenz 2018 in Kattowitz

### Presseschau zur Klimakonferenz

#### UN-Klimakonferenz einigt sich auf Rahmenvertrag gegen Erderwärmung

... Die Beauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Klimaschutz, Anja Weisgerber, sagte, dass Deutschland seine Hausaufgaben mache. "Im nächsten Jahr werden



wir ein Klimaschutzgesetz verabschieden, welches sicherstellt, dass wir unser Klimaziel 2030 erreichen. Hierfür werden neben dem Energiesektor auch alle anderen Bereiche − Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft − einen Beitrag leisten müssen."... → Weiterlesen

#### Nach Klimagipfel: Ruf nach Reform der Energiepolitik

... Die klimapolitische Sprecherin der Unionsfraktion im Bundestag, Anja Weisgerber (CSU), pochte für das geplante Klimaschutzgesetz auf eine steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung. Finanzmi-



nister Olaf Scholz (SPD) müsse es zusammen mit dem Vorschlag für ein Klimaschutzgesetz von Umweltministerin Svenja Schulze (SPD) vorlegen. ... → Weiterlesen

#### Klima-Gipfel in Kattowitz: Viel Lob, viel Enttäuschung

... Die Union-Bundestagsfraktion hat erfreut auf die Beschlüsse der Weltklimakonferenz im polnischen Kattowitz reagiert. Bei dem Gipfel "konnte die Erfolgsgeschichte von Paris fortgeschrieben werden", twitterte



die Umwelt-Beauftragte der Fraktion, Anja Weisgerber. Es sei gelungen, ein Regelbuch zu verabschieden, das die Klimaschutzbeiträge vergleichbar mache. ... → Weiterlesen

#### Diskussion im Deutschlandfunk: Kampf für Klimaschutz

Anja Weisgerber forderte in der Sendung Kontrovers im Deutschlandfunk die Entwicklungs- und Schwellenländer auf, ihre Wirtschaft von Anfang an klimafreundlich aufzubauen.



→ Die Radio-Diskussion können Sie hier nachhören.

#### Bayern 2: Bundestagsabgeordnete Weisgerber in Katowice

Im **Gespräch in der Regionalzeit Franken in Bayern 2** berichtet Anja Weisgerber über ihre Teilnahme an der Klimakonferenz in Katowice.





### 5,5 Mrd. Euro für Beitragsfreiheit und eine Verbesserung der Qualität

# Bundestag beschließt Gute-Kita-Gesetz

In der vergangenen Woche wurde im Bundestag der Gesetzentwurf zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung, das sogenannte Gute-Kita-Gesetz beschlossen. "Das Ergebnis sind 5,5 Milliarden Euro für eine Verbesserung der Qualität und Beitragsfreiheit im Bereich der Kinderbetreuung und Kindertagespflege", sagte Anja Weisgerber (CSU). In den nächsten vier Jahren werde diese Summe an Länder und Kommunen gezahlt. Das habe es so vorher noch nie gegeben. Für die Verteilung der Mittel seien dann aber – wie es der Föderalismus vorschreibe – die Länder zuständig.

"Mit dem Gesetz werden viele Erwartungen geweckt", so Anja Weisgerber. Ursprünglich wollte der Koalitionspartner, die SPD, die Länder mit 3,5 Milliarden Euro unterstützen, um eine Beitragsfreiheit für die Kinderbetreuung der unter 6-Jährigen. "Die Union hat gesagt, wir wollen aber auch Qualität", betonte Weisgerber. Und so hätten sich beide Komponenten im Koalitionsvertrag wiedergefunden, mit entsprechend mehr Geld, also mit 5,5 Milliarden Euro.



Mit diesem Geld könne nun auch eine Verbesserung des Betreuungsschlüssels gerade für die Einbis Zweijährigen erreicht werden, aber auch die individuelle Beschäftigung mit jedem einzelnen Kind müsse von Interesse sein.

Der Bund stellt die Mittel bis 2022 zur Verfügung, 2019 sind es zunächst 500 Millionen Euro. Das Gesetz beinhaltet unter anderem die Gewährleistung eines bedarfs-

gerechten Angebots, einen guten Erzieher-Kind-Schlüssel und die kindgerechte Ernährung. Mit dem Gesetz sollen Eltern auch bei den Gebühren durch eine bundesweit verpflichtende Staffelung der Kita-Beiträge nach sozialen Kriterien entlastet werden. Die Länder können selbst entscheiden, wie sie die Gelder verwenden und welchen Schwerpunkt sie setzen.

Für das Gute-Kita-Gesetz ist anders als beim Digitalpakt für Schulen keine Grundgesetzänderung erforderlich. Die Länder bekommen die 5,5 Milliarden Euro über einen höheren Anteil an den Umsatzsteuereinnahmen. Damit das Geld aber tatsächlich in die Kinderbetreuung fließt und nicht zweckentfremdet wird, wurden mit allen 16 Ländern Zielvereinbarungen ausgehandelt.

#### Gigabit-Versorgung für Schulen, Krankenhäuser und Gewerbegebiete

# Sonderprogramm für Turbo-Internet

Digitale Offensive: Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer weitet die Förderung für schnelleres Internet in Schulen, Kliniken und Gewerbegebieten deutlich aus: "Wir bringen ab sofort das Turbo-Internet in alle Klassenzimmer, Gewerbegebiete und auch in Krankenhäuser", erklärte Scheuer. Rund 6.000 Schulen hätten bereits einen Anschluss an das Gigabit-Netz erhalten. Jetzt will der Bundesverkehrsminister mit einem neuen Förderaufruf beträchtlich in die Breite gehen und auch Krankenhäuser und unterversorgte Klassenzimmer angehen. Das sei ein "weiterer Meilenstein auf dem Weg in die Gigabit-Gesellschaft".

Ab sofort seien alle Schulen, Gewerbegebiete und Krankenhäuser, die noch nicht ans Gigabitnetz angeschlossen seien oder noch keinen privatwirtschaftlichen Gigabit-Anschluss hätten, förderfähig und könnten angeschlossen werden. Bislang konnte nur gefördert werden, wenn der Schule, dem Krankenhaus oder dem Unternehmen im Gewerbegebiet eine Datengeschwindig-



keit von weniger als 30 Mbit/s zur Verfügung stand. Eine Förderung sei nun auch möglich, wenn zum Beispiel nicht jede Station im Krankenhaus über diese Bandbreite verfügen könne. Laut dem Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD soll Deutschland bis 2025 flächendeckend mit Gigabit-Netzen versorgt werden.

Die Kommunen als Antragssteller sind angehalten, die Erschließung von Schulen und Krankenhäusern in einem Antrag zu bündeln, um effizient und zügig die Vorhaben umzusetzen. Die knappen Tiefbaukapazitäten, die im Zuge des gegenwärtigen gesamten Breitbandausbaus entstanden sind, machen eine kompakte Antragstellung erforderlich. Die Landkreise, in denen noch ein "weißer Fleck" besteht, werden zeitnah durch das Ministerium über das Programm informiert. Jeder Kommune wird über die Antragsdatenbank eine "Weiße-Flecken-Karten" bereitgestellt, die sie direkt für das Markterkundungsverfahren nutzen kann.

Anträge in den Sonderprogrammen können auch über **www.breitbandausschreibungen.de** gestellt werden.

#### Bessere medizinische Versorgung – 3 Fragen, 3 Antworten

# Was steckt im Terminservicegesetz?

In der vergangenen Woche hat der Deutsche Bundestag einen Gesetzentwurf der Bundesregierung beraten, der eine bessere medizinische Versorgung von gesetzlich Versicherten ermöglichen soll – zum Beispiel durch schnellere Termine beim Facharzt.

Viele Patienten klagen darüber, dass sie in dringenden Fällen zu lange auf einen Arzttermin warten müssen. Wie wird die Wartezeit nun verringert?

Um Wartezeiten auf einen Arzttermin zu verkürzen, wollen wir gleich an mehreren Punkten ansetzen. Zunächst wollen wir die Terminservicestellen. bereits heute dabei helfen, Patienten einen Termin beim Arzt zu vermitteln, ausbauen. Patienten in Akutfällen sollen künftig über diese Stelle einen direkten Termin - entweder in einer normalen Arztpraxis, in einer Portaloder Bereitschaftsdienstpraxis oder in einer Not-



fallambulanz – vermittelt bekommen. Die Terminservicestelle sollen unter der bundesweit einheitlichen Rufnummer 116117 in Zukunft 24 Stunden täglich an sieben Tagen in der Woche erreichbar sein.

Die Wartezeiten auf einen Arzttermin wollen wir natürlich auch in den Fällen verringern, in denen kein akuter Bedarf besteht. Deshalb sollen diese Stellen künftig nicht nur Termine bei Fachärzten vermitteln, wenn man dafür eine Überweisung hat. Vielmehr sollen sie auch bei der Suche nach einem Haus- oder Kinderarzt unterstützen, der die Patienten dauerhaft versorgen kann. Eine Verbesserung des Zugangs zur medizinischen Versorgung für Versicherte in der gesetzlichen Krankenversicherung wollen wir im Übrigen auch dadurch erreichen, dass wir die Mindestsprechstundenzeit bei Ärzten von 20 auf 25 Stunden erhöhen.

#### Welche Vorteile bringt die elektronische Patientenakte, die es ab 2021 geben soll?

Mit dem neuen Gesetz schaffen wir endlich die Grundlage dafür, dass Patientinnen und Patienten auf ihre medizinischen Daten zugreifen zu können, wenn sie das wollen. Deshalb werden wir die gesetzlichen Krankenkassen verpflichten, ihren Versicherten spätestens ab dem Jahr 2021 eine elektronische Patientenakte zur Verfügung zu stellen. Der Datenschutz muss natürlich gewährleistet sein.

Langfristig sollen Versicherte auch auf der elektronischen Patientenakte Informationen ablegen können, die sie für wichtig halten - beispielsweise medizinische Daten, die in einer Notsituation



lebensrettend sein können, aber auch Befunde, Diagnosen oder Behandlungsberichte. Lebenswichtig kann aus unserer Sicht auch der Medikationsplan sein. Er informiert Patienten darüber, wann sie welche Medikamente einnehmen müssen. Und er hilft Ärzten, Medikationsfehler zu vermeiden – also Medikamente zu verschreiben, die sich mit anderen Arzneimitteln, die der Patient bereits nimmt, nicht vertragen.

Mit der elektronischen Patientenakte wollen wir – natürlich unter Wahrung des Datenschutzes – zudem für eine bessere Vernetzung

der unterschiedlichen Leistungsanbieter im Gesundheitssystem sorgen, indem wir die Datenübermittlung zwischen den unterschiedlichen Leistungserbringern erleichtern.

#### Wie wird die Versorgung der Patienten auf dem Land verbessert?

Natürlich müssen auch die Menschen, die auf dem Land leben, medizinisch gut versorgt sein. Wir wollen Ärztinnen und Ärzte, die in solche wirtschaftlich schwachen Räume aussiedeln, mit regionalen Zuschlägen besser vergüten. Die Bundesländer sollen die Möglichkeit erhalten, die

Zulassungssperren für die Neuniederlassung von Ärztinnen und Ärzten in strukturschwachen Gebieten aufzuheben. Damit könnten sich Ärzte künftig auch in Bereichen niederlassen, in denen das bislang nicht mehr möglich war.

Weitere Chancen für eine bessere Versorgung auf dem Land sehen wir über das neue Gesetz hinaus auch in der Telemedizin. Gerade für immobile, ältere Patienten, hat sie den Vorteil, dass



sie sich nicht mehr bei jeder Nachfrage oder Nachuntersuchung auf den Weg zu ihrem Arzt machen müssen. Vieles ist auch heute schon beispielsweise über eine Videosprechstunde möglich.

Weiter sollte verhindert werden, dass Patienten für einen Termin beim Spezialisten lange warten oder weite Strecken zurücklegen müssen. Hier können wir Abhilfe schaffen, indem wir sogenannte Telekonsile konsequent nutzen. Das heißt, zur Beurteilung eines Befunds können behandelnde Ärzte beispielsweise Röntgen- und CT-Aufnahmen über das Internet Experten an einer Uniklinik vorlegen. Außerdem können wir uns gut vorstellen, dass mobile Arztpraxen geschaffen werden oder dass die Kassenärztlichen Vereinigungen eigene Praxen einrichten.

#### Zu wenig Organspender

# Orientierungsdebatte zur Organspende

In Deutschland warten derzeit rund 10.000 Patienten auf Spenderorgane. Allein 8.000 Dialysepatienten benötigen eine neue Niere. Im vergangenen Jahr wurden in Deutschland 3.385 Organe transplantiert, davon 618 Lebendspenden, die restlichen postmortal. Diese Zahlen verdeutlichen, dass die Zahl der Organspender in Deutschland viel zu niedrig ist. Diesen Missstand will der Bundestag nun in Angriff nehmen. In der Orientierungsdebatte zur Organspende wurde der Fraktionszwang aufgehoben. Noch liegen keine Gesetzentwürfe oder Gruppenanträge vor,

eine Entscheidung in der Sache wird im kommenden Jahr erwartet.

Bei der Entscheidungslösung, die derzeit in Deutschland gilt, ist eine Organentnahme nur zulässig, wenn eine Zustimmung vorliegt. In zahlreichen europäischen Ländern gilt die sogenannte Widerspruchslösung. Wer nicht möchte, dass nach seinem Tod Organe entnommen werden, muss dies zu Lebzeiten



dokumentieren. In einigen europäischen Ländern ist zudem auch ein Einspruchsrecht der Angehörigen vorgesehenen, falls die betreffende Person zu Lebzeiten keine Entscheidung dokumentiert hat.

"Die Orientierungsdebatte zum Thema Organspende halte ich grundsätzlich für richtig. Denn es handelt sich um ein sehr wichtiges Thema, mit dem sich die Abgeordneten erst intensiv befassen müssen, bevor sie eine Entscheidung treffen. Genauso werde auch ich es auch machen", betont Anja Weisgerber. "Angesichts der sinkenden Spendezahlen halte ich es für absolut notwendig, die Reglungen bezüglich der Organspende in Deutschland zu überarbeiten." Die Frage der Widerspruchslösung sei unter ethischen Gesichtspunkten nicht trivial. "Die Orientierungsdebatte im Bundestag bot eine gute Gelegenheit, das Für und Wider von möglichen Regelungen offen zu diskutieren. Erst nachdem ich mich umfassend informiert habe, werde ich eine Entscheidung treffen", so Anja Weisgerber.

→ Egal, wie Sie sich entscheiden: Mit dem Organspendeausweis schaffen Sie Klarheit. Ihren persönlichen Organspendeausweis können Sie hier online ausfüllen, ausdrucken und unterschreiben.

# Ferkelkastration für weitere zwei Jahre zugelassen



Der Bundestag hat eine Änderung des Tierschutzgesetzes verabschiedet. Damit ist die sogenannte Ferkelkastration noch für zwei weitere Jahre betäubungslos zuzulassen. Diese Übergangszeit soll genutzt werden, um eine praxistaugliche Methode für die Kastration durchzusetzen. Vor allem kleinen und mittleren Betrieben soll durch die lokale Betäubung des Tieres eine kostengünstigere Alternative ermöglicht werden. Bisher ist die lo-

kale Betäubung durch Landwirte verboten. Hier muss nun schnellstmöglich eine Änderung herbeigeführt werden. In Dänemark dürfen Landwirte seit 2018 auf freiwilliger Basis die Ferkelkastration durchführen. "Klar ist: wir brauchen Lösungen, um den gesellschaftlichen Anspruch an eine tiergerechte Ferkelerzeugung, an den Verbraucherschutz und an eine existenzfähige einheimische Ferkelhaltung in Einklang zu bringen", betont Marlene Mortler, agrarpolitische Sprecherin der CSU im Bundestag. Nur so könnten die bereits bestehenden Ferkelimporte begrenzt, unsere hohen Anforderungen an Tier- und Verbraucherschutz in Deutschland sichergestellt und Wettbewerbsnachteile ausgeschlossen werden, so Mortler.

# Landfrauen feiern 70-jähriges Bestehen

Anfang Dezember fand der Landfrauentag im Landkreis Kitzingen statt. In diesem Jahr feiern die Landfrauen ihr 70-jähriges Bestehen. Die Bundestagsabgeordnete Anja Weisgerber dankte in ihrem Grußwort im Kitzinger Dekanatszentrum den Frauen im ländlichen Raum für die tolle Arbeit und den wichtigen Einsatz: "All unsere Dörfer und Gemeinden wären ohne dieses großartige Engagement der Landfrauen nicht das, was sie sind."



# Monika Hohlmeier kommt zum Neujahrsempfang



Anja Weisgerber freut sich über die Zusage von Monika Hohlmeier für den Neujahrsempfang der CSU und der JU Schweinfurt-Land, am Sonntag, 27. Januar 2019, um 14.30 Uhr, in der TSV-Sporthalle in Schwebheim. Alle CSU-Mitglieder sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen. Seit 2009 ist Monika Hohlmeier Mitglied des Europäischen Parlaments und dort Parlamentarische Geschäftsführerin der CSU-Europagruppe. Ebenfalls am 27. Januar findet um 17 Uhr mit Monika Hohlmeier der CSU-Neujahrsempfang in Kitzingen statt.

### AKU-Landesversammlung beschließt Leitantrag

Bei der Landesversammlung des Arbeitskreises Umwelt der CSU wurde der sehr fundierte und umfassende Leitantrag "Bayern – umweltfreundlichster Wirtschaftsstandort der Welt" einstimmig angenommen. Den Antrag wurde von Martin Huber, Anja Weisgerber sowie Martin Ehrenhuber erarbeitet und an CSU-Generalsekretär Markus Blume übergeben. Blume betonte: "Ökologi-



sche Erneuerung darf nicht das Monopol der Grünen sein. Wir brauchen die Grünen nicht, um gute Umweltpolitik zu machen. Wir machen das selbst." Anja Weisgerber zeigt sich davon überzeugt, dass die Bewahrung der Schöpfung ist ein urkonservatives Anliegen der CSU ist.

→ Lesen Sie hier den Beschluss: Bayern – umweltfreundlichster Wirtschaftsstandort der Welt

### Senioren-Union Kitzingen in Berlin

Vergangene Woche war die Senioren-Union Kitzingen zu Besuch in der Bundeshauptstadt Berlin. Anja Weisgerber hat die Gruppe bei einem kurzen Zwischenstopp empfangen. Beim Mittagesen im Haus der Kulturen der Welt (Berliner Volksmund "Schwangere Auster") diskutierte Weisgerber mit den Gästen über aktuelle bundespolitische Themen. Auf dem Programm der Fahrt stand neben einer Stadtrundfahrt auch eine Führung im Bundeskanzleramt, ein Studio-



besuch beim Rundfunk Berlin Brandenburg (rbb), ein Gespräch im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, ein Rundgang über den Weihnachtsmarkt am Alexanderplatz sowie der obligatorische Besuch im Deutschen Bundestag mit Dachterrasse und Reichstagskuppel.





#### Liebe Leserinnen und Leser,

die Weihnachtszeit bietet in all der Hektik und Betriebsamkeit des Alltags die Gelegenheit, von all dem etwas Abstand zu gewinnen, um ein ruhiges und besinnliches Fest zu feiern und auf die vielen Begegnungen der vergangenen Monate zurückzublicken.

Ich wünsche Ihnen eine besinnliche Zeit, ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und für das neue Jahr Gesundheit, viel Erfolg und Gottes Segen.

The Anja Weisgerber

→ Meine Video-Botschaft zu Weihnachten können Sie hier anschauen.

### Haben Sie Fragen oder Anregungen? Ich freue mich über Ihren Brief, Ihre E-Mail oder Ihren Anruf!

**Deutscher Bundestag** 

Platz der Republik 1

D-11011 Berlin

Tel.: 030 227-79344 Fax: 030 227-76343

E-Mail: anja.weisgerber@bundestag.de

Wahlkreisbüro Schweinfurt-Kitzingen

Karl-Götz-Str. 17

D-97424 Schweinfurt

Tel: 09723 934370

Fax: 09723 934385

E-Mail: anja.weisgerber@bundestag.de

→ Klicken Sie auf die Symbole, und Sie gelangen zu meinen Profilen auf den sozialen Medien.







